

Der Krieg und die Energiekosten

Aktuelle Stunde: Landtag debattiert über finanzielle Entlastungen

24. März 2022 – Die Folgen des Krieges in der Ukraine sind auch in Nordrhein-Westfalen spürbar – u. a. bei den Energiekosten. In einer Aktuellen Stunde haben die Abgeordneten über die Preisexplosion und mögliche Entlastungen diskutiert. Kurz nach der Debatte wurden Details des zweiten Energiekosten-Entlastungspakets der Bundesregierung bekannt, das in der Nacht zuvor ausgehandelt worden war.

Die gestiegenen Preise führten zu einer „wachsenden Belastung für die Mobilitätsanforderungen unserer Wirtschaft und Gesellschaft“, heißt es in einem Antrag (17/16832) der Fraktionen von CDU und FDP, der der Debatte zugrunde lag. Entlastungen seien dringend nötig. Die Fraktionen regten eine „substanzielle Absenkung der Steuersätze auf Diesel und Benzin“ an. Die NRW-Landesregierung habe im Bundesrat gemeinsam mit Bayern entsprechende Entlastungen vorgeschlagen.

Ein Durchschnittshaushalt müsse im Jahr 2022 mit rund 2.000 Euro mehr an Heizkosten rechnen, sagte **Dr. Christian Untrieser** (CDU). Auch die Strom- und Spritpreise seien rasant gestiegen. Viele europäische Nachbarländer hätten bereits die Mehrwertsteuer auf Strom, Gas und Sprit gesenkt oder Tankrabatte beschlossen, um Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Die Bundesregierung reagiere nicht schnell genug. „Warum dauert das so lange?“, fragte Untrieser. Der Staat nehme durch gestiegene Energiepreise Milliardenbeträge mehr an Steuern ein und müsse diese Mehreinnahmen nutzen, um Bürgerinnen und Bürger zu entlasten.

Ralph Bombis (FDP) bemerkte, dass 68 Prozent der Erwerbstätigen im Jahr 2020 mit dem Auto zur Arbeit gefahren seien. Nach Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums müssten Autofahrerinnen und -fahrer im Jahr 2022 etwa 750 bis 800 Euro mehr als im Vorjahr zahlen. Entlastungen seitens der Politik müssten schnell wirksam und spürbar sein, breite Gruppen der Bevölkerung und Betriebe erreichen und zudem rechtskonform sein. „Die Bundesregierung wird liefern, die Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch“, sagte Bombis. Die Bundesregierung handle gewissenhaft, gründlich und schnell.

„Die Auswirkungen des Krieges werden wir überall spüren“, sagte **André Stinka** (SPD). Als Beispiele nannte er die steigenden Energiepreise. Davon seien nicht nur Autofahrerinnen und -fahrer betroffen, sondern alle Bürgerinnen und Bürger im Land „und gerade auch Industrie und Handwerk“. Die Sorge vieler Menschen, dass steigende Energiepreise zum Problem werden, sei „deutlich berechtigt“. Beim Heizen könnten im Jahr 2.000 Euro mehr fällig werden, beim Strom 100 Euro im

Jahr. Den Blick nur auf den Spritpreis zu richten, sei „ignorant“, sagte Stinka in Richtung CDU.

Es liege bereits ein erstes „Entlastungspaket“ vor, sagte **Arndt Klocke** (Grüne). Die Bundesregierung habe sich vor einigen Wochen auf eine Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli, einen Heizkostenzuschuss für Bedürftige und ein Vorziehen der erhöhten Pendlerpauschale rückwirkend zum 1. Januar 2022 verständigt. Im Zusammenhang mit den gestiegenen Spritpreisen sei nicht das Bundesfinanzministerium gefragt, sondern das Bundeskartellamt und die Verbraucherzentrale. Klocke sprach von „Spekulationsgewinnen der Mineralölindustrie“. Ziel müsse es nun sein, Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen zu entlasten.

„Steuern senken“

Christian Loose (AfD) sagte, nun zeige sich die Realität, nämlich die große Abhängigkeit des Landes von Öl und Gas aus Russland. Das größte Problem der Kraftstoffpreise seien die Steuern. Diese müssten dauerhaft gesenkt werden, was seine Partei schon lange fordere. Die Koalition tue dies dagegen kurz vor der Landtagswahl und habe die AfD-Vorschläge zuvor stets abgelehnt. Loose kritisierte auch die Gespräche von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) über Energielieferungen in Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Hier entstünden neue Abhängigkeiten von autoritären Regimen.

Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) betonte, auf knapper werdende Energie und steigende Preise müsse klug und rational geantwortet werden. Dazu seien viele Maßnahmen notwendig, aber kein „politisches Ablenkungsmanöver“. Pinkwart

nannte u. a. einen sparsameren und effizienteren Einsatz von Energie. Dies müsse nicht zu „Mangelwirtschaft“ führen, sondern werde Innovationen fördern. Er begrüßte auch die Reisen des Bundeswirtschaftsministers, um zusätzliche Energiequellen zu erschließen. Deutschland müsse seine Bevölkerung und die Betriebe versorgen. Und es gehe darum, die Weltmärkte zu stabilisieren. *tob, zab, wib*

Foto: Schälte

